

2. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. Mai 2017 in Halle (Saale)

Alle notwendigen Dokumente findet ihr auf der folgenden Webseite:
<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/6-parteitag-2-tagung/dokumente/>

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

5. Ausgabe / 27. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

09. Mai 2017

Keinen Fußbreit den Faschisten! Hat in Halle geklappt. Die Nazis konnten nicht marschieren. Danke an alle Demokratinnen und Demokraten, die mitgeholfen haben durch bunten, lauten Protest.

**Marianne Böttcher,
Vorsitzende DIE LINKE.Halle**



Aus der Stadtratssitzung am 26.04.2017

In der Bürgerfragestunde vor dem Stadtrat waren vor allem zwei Themen präsent: Mitglieder des Fanbeirates vom HFC fragten den OB, warum Steffen Kluge (Leiter des FAN-Projektes) von seiner Funktion entbunden wurde und wie das Projekt weitergeführt werden soll. Das Thema ist seit einiger Zeit aktuell, weil die Verwaltung den Leiter des Fan-Projektes überraschend mit der Begründung „Jobrotation“ versetzt hatte und nicht mit dem Fanbeirat darüber beraten hat.

Die andere Problematik in der Bürgerfragestunde war der geplante Straßenbahnbau in Heide-Süd. Eine Bürgerinitiative stellte ihr Unverständnis über die Planungen dar. Die Verwaltung stellte fest, dass zurzeit ein Gutachten erstellt wird und nach Feststellung der Ergebnisse dazu weiter diskutiert werden kann.

Zu Beginn der Stadtratssitzung verlas Hendrik Lange, Vorsitzender des Stadtrates, einen Aufruf aller Fraktionen im Stadtrat. Sie beinhaltete den Protest gegen die angekündigte Demo der Partei „Die Rechte“ und den Aufruf, sich an den vielen Gegendemonstrationen und Veranstaltungen zu beteiligen.

Im Bericht des Oberbürgermeisters wurde u. a. darüber informiert, dass am 15. Juni am Hallmarkt ein Straßenfest aus Anlass der Eröffnung des Hotels am Hallmarkt stattfinden wird. Er berichtete weiter von Planungsarbeiten für eine dritte Feuerwache und von einem geplanten Ringdeich in Planena.

Ein sehr deutliches positives Votum gab es zur Vorlage „Änderung der Hauptsatzung“. Dahinter verbirgt sich, dass ab sofort (nach Bekanntmachung im Amtsblatt) vor allen Ausschüssen Einwohner*innen die Möglichkeit haben, Anfragen zu stellen. Ein Antrag aller Fraktionen hatte diese Anregung gegeben, die Verwaltung hatte darauf reagiert.

Ohne große Diskussion wurden die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA (BeteiligungsManagementAnstalt) für das Wirtschaftsjahr 2016 entlastet. Auch der Einrichtung eines Verfügungsfonds „Aktives Stadtzentrum Halle (Saale)“ und der entsprechenden

Richtlinie wurde zugestimmt. Beschlossen wurde auch die Konzeption für die Beleuchtung der öffentlichen Verkehrsanlagen der Stadt Halle, der Baubeschluss für die denkmalgeschützte Instandsetzung der Burgbrücke und die Einziehung eines Teilstückes des Weges abgehend vom Mühlberg.

Diskussionen gab es zum Antrag der SPD-Fraktion zur Fortschreibung des Personalkonzeptes. Wir stimmten dem Antrag zu, weil wir die Verantwortung des Rates bei der Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung sehen. Der OB hielt den Antrag für rechtswidrig, weil er nach seiner Meinung in die Handlungsfähigkeit des Hauptverwaltungsbeamten eingreife. Der Antrag wurde beschlossen. Mit einem Widerspruch des OB ist ggf. zu rechnen.

Unser Antrag – ein Prüfantrag genau genommen – zu Kinder- und Familienzentren wurde angenommen. Der Antrag beinhaltet, sich mit dem Konzept zu Kinder- und Familienzentren, die es in Leipzig gibt, auseinanderzusetzen und für die Stadt Halle ggf. anzuwenden. Unsere Anfrage zu Sozialleistungen für EU-Bürger*innen wird uns erst zur nächsten Stadtratssitzung beantwortet werden.

Unsere Nachfrage zur Installation von Fahrradbügeln auf dem Markt ergab, dass im Jahr 2017 weitere Fahrradabstellmöglichkeiten realisiert werden.

Allerdings sieht die Stadt Halle es nicht als sinnvoll an, mobile Fahrradabstellanlagen für Großveranstaltungen anzuschaffen.

Die Anfrage zur Volkshochschule ergab, dass die Honorare für Kurse etc. durchschnittlich bei 15 Euro liegen. Zu wenig, befinden wir. Aber dazu werden wir zukünftig noch aktiv werden.

Eine Anfrage zur Versorgung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren mit Kitaplätzen ergab, dass derzeit die Versorgung gesichert sei, aber perspektivisch soll eine Kita in Büschdorf in den Kitabedarfsplan aufgenommen werden.

Ute Haupt
Geschäftsführerin

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
04.05.2017
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 08.06.2017

Ankündigung

Der Vorstand im Saalekreis lädt seine Mitglieder am 24. Juni zu einer Mitgliedsversammlung ein. Zwei Jahre sind für den aktuellen Vorstand wieder vergangen und es wird Zeit, einen neuen (vielleicht auch den alten?) Vorstand zu wählen. Der Vorstand hat entschieden, dass er bei der derzeitigen Struktur mit Vorsitz und Vertretern bleiben möchte. Ebenso soll die Größe des Vorstands mit 14 Genoss*innen beibehalten werden.

Einladungen gehen allen Genoss*innen rechtzeitig zu.

Jan Korte zu Besuch in Merseburg

Der stellv. Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Jan Korte, diskutierte am 3. April im Mehrgenerationenhaus in Merseburg mit Mitgliedern unseres Kreisverbandes über die aktuelle Situation und die Strategie der LINKEN. Dabei ging es um Schlussfolgerungen aus den Landtagswahlen der letzten zwölf Monate für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf, dabei um Fragen wie

- wen repräsentiert DIE LINKE heute, wie hat sich unsere Wählerschaft verändert
- wie sprechen wir die Menschen an, die wir vertreten wollen
- mehr Klassenanalyse in die Strategie DER LINKEN
- künftig keine tausendseitigen Wahlprogramme, aber griffige Lösungen zu den Problemen, die die Menschen bewegen, auch regional unterschiedlich, dabei Ideen der Mitglieder einbeziehen

Anschließend trug Korte im Ständehaus einige, teils sehr humorvolle, Episoden aus seinem Buch „Geh doch rüber“ vor.



Siegfried Eisenreich



AfD-Kundgebung in Merseburg

Am 28. April hielt die AfD in Merseburg eine Kundgebung ab, die von der Linken Saalekreis nicht unbeobachtet blieb. Ein paar mutige Genossen machten sich auf und reinigten Merseburg vom „braunen Dreck“. Natürlich waren sie dementsprechend in Schutzkleidung unterwegs; man weiß ja nie, womit man sich infiziert...

Unsere Aktion fand allerlei Zuspruch und die Merseburger dürfen jetzt nicht nur wieder frei atmen, sondern sich in Merseburg auch wieder frei bewegen – Fußwege und öffentliche Plätze wurden von unserem Seuchenschutzkommando ausreichend desinfiziert. Eine Ansteckungsgefahr konnte somit erfolgreich abgewendet werden.

Daniela Müller

1. Mai im Ortsverband Geiseltal

Der Ortsverband Geiseltal hat seine Mitglieder nach Branderoda eingeladen. Genoss*innen und Sympathisant*innen trafen bei einer kleinen Feier aufeinander und tauschten sich über aktuelle Themen aus, die der Ortsverband als anregend und interessant beschrieb. Bei schönem Wetter wurden aber nicht nur schwierige Themen gewälzt und erörtert, bei leckerem Grillfleisch und kühlem Bier ließ es sich der Ortsverband so richtig gut gehen.

Daniela Müller



1. Mai auf der Kliaplatte

Bei herrlichem Frühlingswetter lud DIE LINKE.Saalekreis zu ihrem traditionellen Familienfest auf der Kliaplatte in Merseburg. War das Aufbauen noch sehr ruhig und vor allem von einem verschlafenen Merseburg geprägt, nahm die Zahl der Besucher ab 10 Uhr schlagartig zu. Den Auftakt unserer Veranstaltung machte das ehemalige Jugendblasorchester Großkorbetha. Die Truppe heizte unseren ersten Gästen so richtig ein und lockte auch den letzten Langschläfer auf die Kliaplatte.

Für weitere gute Stimmung sorgte wieder Andy Trillhase, der sich besonders um die kleinen Gäste kümmerte. Mit seinem Kinderprogramm konnte er schon letztes Jahr begeistern; bei einer spielerischen „Europarundreise“ lernen die Kinder nicht nur fremde Sprachen kennen, sie erfahren auch viel über Gewohnheiten und die Kultur. Es ist schon ein Schauspiel, wie Andy die zirka 20 Kinder in seinen Bann zieht und wie ruhig und aufmerksam sie seinem Programm folgen.

Den Tag der Arbeit ohne politische Themen verbringen? Das geht natürlich nicht. In unserem Polittalk standen sich der Gewerkschaftsvorsitzende von ver.di aus dem Saalekreis, Bertram Kleinert, und Kerstin Eisenreich, MdL, gegenüber. Beide nutzten den Talk, um die Bürger über die Probleme der Entscheidungen unserer derzeitigen Bundesregierung aufzuklären und

für einen Politikwechsel zu appellieren. Besonders Kleinert prangerte den Kurs der Groko an und konstatierte, dass diese Regierung nicht für die Bürger da ist. Um wirklich etwas zu bewirken, müssen vehemente Änderungen geschehen. Bei dem Talk gaben sich



Eisenreich und Kleinert zu Themen wie Rente/ Soziales, Arbeit, Bildung und Handlungsfähiger Staat mit der inneren Sicherheit und der Wohnungspolitik einen Schlagabtausch. Die Einstellungen zu diesen Themen haben bei beiden große Schnittmengen.

Den Ausklang des Tages bildete gut eine Stunde Rockmusik der Merseburger Band „The Crashing Dishes From Outer Space“ Bei strahlendem Sonnenschein ließen es sich die Merseburger mit einem Bierchen oder einem Eis vor der Bühne gut gehen.

Daniela Müller

In Berlin und (H)alle dabei – Von Gras und Gräsern

Dr. Petra Sitte

Die Gartensaison ist wieder im vollen Gange. Beete werden gepflegt, Gartenzwerge aufgestellt, der Sonnenschirm auf seine Funktionsfähigkeit geprüft und die Hängematte aufgespannt. Das liebe Grün ist wieder da und erfreut jeden Menschen. Auch Tiere freuen sich über das saftige Grün. Denn für Wiederkäuer, also Pferde oder Kühe, zählt es zu den Hauptnahrungsmitteln. Auch kleine Nager, wie Meerschweinchen oder Kaninchen, fressen es gern. Katzen und Hunde brauchen es, um den Magen zu reinigen.

Beim Gras unterscheiden die Botanikerinnen und Botaniker zwischen Süß- und Sauergräsern. Zu den Süßgräsern zählen Ziergräser und Nutzpflanzen wie Getreide; zum Beispiel Schilf, Bambus, Roggen, Hafer und Mais. Sauergräser sind hingegen eher krautig. Das kleinste Gras der Welt ist das sogenannte Zwerggras, das nur zwei bis drei Zentimeter hoch wird.

Seinen Goliath findet das Zwerggras im Riesenbambus, der bis zu 40 Meter Höhe erreichen kann.

Gras wächst überall. Man kann es wachsen hören oder ihm beim Wachsen zusehen, hineinbeißen, es über etwas wachsen lassen und rauchen. Ein Gräslein sorgt dabei für ziemlich viel Diskussion.

Hanf gehört zu den Urticales. Das sind die Bäume, Sträucher und krautigen Kletterpflanzen. Hanf ist sehr eng mit dem Hopfen verwandt, den wir für die Herstellung von Bier benötigen. In der Hanfpflanze stecken Stoffe, die eine psychoaktive Wirkung haben – also berauschen. Die Hanfsamen sind essbar. Es lässt sich außerdem aus ihnen Öl gewinnen, wobei die dabei anfallenden Samenreste als Viehfutter weiter verwertet werden. Aus den Blättern der Pflanze gewinnt man ätherische Öle, die dann zum Beispiel in Waschmitteln verwendet werden. Und bestimmt kennt die eine oder der andere Hanf aus der Textil- und



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Mai Geburtstag haben.**



Papierherstellung. Die Fasern der Hanfpflanze eignen sich auch als Dämmstoff im Gebäudebau. Diese Pflanze ist also äußerst vielseitig einsetzbar.

Aufgrund der im Hanf vorkommenden Cannabinoide, also diese psychoaktiven Stoffe, findet Hanf auch in der Medizin als Schmerz- und Beruhigungsmittel Anwendung. Auch der Reformator Martin Luther griff auf das Cannabis-Pflänzchen zurück. Kein Wunder, denn hast du Haschisch in den Taschen, hast du immer was ... gegen Übelkeit, Atemwegsbeschwerden, Schmerzen und Depressionen. Außerdem lindert es Allergien und Darmreizungen und wirkt entzündungshemmend.

Es gibt sehr viele Diskussionen um die Cannabis-Pflanze, die über lange Zeit als Einstiegsdroge verschrien worden ist. Schwer kranke Menschen können seit kurzem Cannabis auf Rezept verschrieben bekommen. Andernorts wird noch darüber debattiert, ob eine kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene möglich gemacht werden könnte, um dem Schwarzmarkthandel besser entgegenwirken zu können. Auch Frank Tempel, drogenpolitischer Sprecher der linken Bundestagsfraktion, fordert eine Entkriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten. Aus seiner Zeit als stellvertretender Leiter einer Rauschgiftbekämpfungsgruppe weißer, wie kontraproduktiv eine Kriminalisierung ist. Im Gegenteil. Wenn der Besitz von Cannabis illegal ist, wird die organisierte Kriminalität weiterhin davon profitieren können. Denn Konsumentinnen und Konsumenten wären gezwungen Schwarzmarktware zu kaufen, was die Gefahren durch Drogenkonsum erhöht. Eine Legalisierung lässt eine Kontrollierbarkeit zu.

Drogen wirken gesundheitsgefährdend, egal ob sie illegal oder legal sind. Alkohol und Nikotin sind als legale Drogen permanent zugänglich und so potenziell gefährlicher als illegale Drogen. Sie werden in unserer Gesellschaft verharmlost, sind relativ preiswert überall zu bekommen und verlocken dadurch gerade zu übermäßigem Konsumverhalten. Dem Drogenkonsum muss entgegengewirkt werden. Das sieht auch DIE LINKE. im Bundestag so. Aber durch Verbote wird dies nicht gelingen. Drogenpolitik muss präventiv, also vorsorglich sein, damit ein eigenverantwortliches Drogenverhalten gewährleistet werden kann. In Fäl-

len von Suchterkrankungen braucht es schnelle, leicht zugängliche und niedrigschwellige Hilfe in Form von Beratungsstellen und Therapiezentren. Suchterkrankte Menschen sind nicht kriminell, sondern krank und benötigen dementsprechende Unterstützung. Darüber hinaus will DIE LINKE. im Bundestag die weitere Forschung an Cannabis als therapeutisches Mittel in der Medizin unterstützen. Nicht Verbote und Strafen schützen vor Drogenmissbrauch und seinen Folgen, sondern Prävention und Aufklärung.

Die Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt
lädt ein: 21.05. Sonntag, 11:00 Uhr

Diskussion und Brunch

Frauenmahl – Wir bitten zu Tisch

Kooperationsveranstaltung u.a. mit Dornrosa e.V., Dachverband der Migrantinnen (DaMigra e.V.), den Evangelischen Frauen in Mitteldeutschland und der Evangelischen Erwachsenenbildung

Frauzentrum Weibewirtschaft, Karl-Liebknecht-Straße 34, Halle (Saale)

Interreligiöser Austausch im Kontext der Wirkung der Reformation auf die Weltreligionen. Eine Gesprächsreihe mit qualifizierten thematischen Impulsen, die sich in ihrer Form auf die Tischgespräche Luthers bezieht. In dieser Veranstaltungsreihe wollen interessierte Frauen aus Halle mit kompetenten Vertreterinnen des Judentums, des Islams, des Hinduismus und Buddhismus ins Gespräch kommen. Als Fragen stehen u.a. die Entwicklungen von Bildungschancen für Frauen und die Veränderungen in Hinblick auf Sexualität und Ehe im Raum.

Vorschau:

Senioren-Cafe' am 28. Juni 2017

ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:
(In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Joachim Jahns v. Dingsda-Verlag erzählt in seinem Buch

„Die Kirschs oder die Sicht der Dinge“ vom Ausbooten der DDR-Intelligenz.



Den Mangel beenden! - Unseren Kindern Zukunft geben!

Aufruf zu einer Volksinitiative

„Den Mangel beenden – unseren Kindern Zukunft geben!“

Die Kernforderungen unserer Volksinitiative sind:

- 1. Dass** 1 000 Lehrerinnen und Lehrer und 400 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich zu den aktuellen Planungen eingestellt werden, um das in den letzten vier Schuljahren entstandene Personaldefizit zu beseitigen.
- 2. Dass** der fachspezifische Personalbedarf an Förderschulen und im gemeinsamen Unterricht an den Regelschulen durch unabhängige Experten ermittelt und vom Land abgesichert wird.
- 3. Dass** die Einstellungspraxis so geändert wird, dass alle jungen Lehrkräfte im Land gehalten werden.
- 4. Dass** die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und von weiteren pädagogischen Fachkräften ausgeweitet wird.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

immer häufiger erreichen uns in den letzten Monaten Berichte aus den allgemeinbildenden Schulen des Landes über umfangreiche Stundenausfälle, über Fächer, die gar nicht unterrichtet werden können und über die zeitweilige Schließung ganzer Schulen, weil keine Lehrkräfte mehr zur Verfügung stehen.

Die verlässliche Öffnungszeit an den Grundschulen und die Unterstützung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind an vielen Schulen nicht mehr gesichert, weil hunderte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen.

Seit Jahren gib es viel zu wenige Neueinstellungen in den Schuldienst. Gleichzeitig steigt aber Jahr für Jahr die Zahl der Schülerinnen und Schüler. Allein in den letzten vier Schuljahren ist so ein Defizit von 1.000 Lehrerinnen und Lehrern und 400 pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstanden. Das Schulsystem ist längst an seine Leistungsgrenze gera-

ten. Die ständig steigenden Anforderungen führen dazu, dass immer mehr Lehrerinnen und Lehrer und pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den älter werdenden Kollegien krankheitsbedingt fehlen und am Ende vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden – ein Teufelskreis.

Durch den Personalmangel ist die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen und damit ihre und unser aller Zukunft in einer Wissens- und Leistungsgesellschaft grundlegend bedroht. Statt endlich mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, will das Bildungsministerium das Unterrichtsangebot immer weiter einschränken – nicht nur im kommenden Schuljahr, sondern auch darüber hinaus.

In der Folge muss an den Grundschulen in immer größeren Klassen unterrichtet werden. Es drohen weitere Kürzungen bei der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und bei der Sprachförderung von Migranten. In den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen soll der naturwissenschaftliche Unterricht zur Diskussion gestellt werden.

Dieser Entwicklung können wir nicht länger tatenlos gegenüberstehen. Wir wollen die Landesregierung unüberhörbar auffordern, unverzüglich eine radikale Umkehr in ihrer bisherigen Personalpolitik einzuleiten. Wir brauchen ein starkes Signal für den Erhalt einer hochwertigen Schulbildung. Unterzeichnen Sie deshalb unsere Volksinitiative und werben Sie unter Ihren Freunden und Verwandten. 30 000 Unterschriften sind nötig, damit wir gehört werden und sich der Landtag mit unseren Forderungen beschäftigen muss. Bündnis „Den Mangel beenden! - Unseren Kindern Zukunft geben!“

Zehn Organisationen und Verbände tragen das Bündnis für diese Volksinitiative:

- Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V.
 - Landesgruppe Sachsen-Anhalt (dgs)
 - Deutscher Gewerkschaftsbund Sachsen-Anhalt (DGB)
 - Deutscher Sportlehrerverband e.V. - Landesverband Sachsen-Anhalt (DSL V)
 - DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt
 - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt (GEW)
 - Grundschulverband e.V. - Landesgruppe Sachsen-Anhalt (GVS)
 - Landeselternrat des Landes Sachsen-Anhalt (LER)
 - Verband Sonderpädagogik e.V. - Landesverband Sachsen-Anhalt (vds)
 - Sekundarschullehrerverband Sachsen-Anhalt e.V. (SLV)
 - Verband Bildung und Erziehung e.V. - Landesverband Sachsen-Anhalt (VBE)
- Die Materialien (Aufruf und Unterschriftenlisten) können im Linken Laden in Empfang genommen werden. Ich bitte alle Genossinnen und Genossen um Unterstützung der Volksinitiative.
Marianne Böttcher, Vorsitzende DIE LINKE.Halle

Senioren-Cafe' am 31. Mai 2017

ab 14:30 Uhr im Linken Laden,
Leitergasse 4:

**„Unter dem Kreuz des Südens“ -
Kenia ist Afrika !**

Genosse Kamuf zeigt Urlaubs-Videos

29.05., Montag, 14:30 Uhr,

Vortrag und Diskussion

**Die vergessene Aufklärungstradition?
- Eine neue & aktuelle Biografie über
Christian Wolff**

mit Prof. Hans-Jürgen Kertscher
**im Bürgerhaus „alternative“, Gustav-
Bachmann-Straße 30, 06130 Halle**

gemeinsame Veranstaltung der RLS Sach-
sachsen-Anhalt mit dem Humanistischen Regional-
verband Halle-Saalkreis

Die Aufklärungsbewegung an der Fried-
richs-Universität Halle-Wittenberg wurde
wesentlich von Christian Wolff (1679-1754)
geprägt. Er war ein deutscher Universal-
gelehrter, Jurist und Mathematiker sowie
einer der wichtigsten Philosophen der Auf-
klärung zwischen Leibniz und Kant. Er zählt
zu den bedeutendsten Vertretern des Natur-
rechts. Seine pietistischen Gegner beschul-
digten Wolff des Atheismus und bewirkten,
dass er 1723 sein Amt aufgeben und Halle
verlassen musste. 1740 wurde er von Fried-
rich II. von Preußen nach Halle zurück beru-
fen. Die wissenschaftliche Erforschung der
Biografie von Christian Wolff ist ein Desiderat
der Forschung; es liegt bisher keine umfang-
reiche Biografie vor.

**Sieben LSVD-Forderungen zur Bun-
destagswahl 2017 veröffentlicht**

**Unter dem Motto „Blockaden brechen – Respekt
wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rech-
te“ erhebt der Lesben- und Schwulenverband
(LSVD) sieben Forderungen zur Bundestagswahl
2017:**

- Ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander und Akzeptanz im Alltag stärken!
- Endlich #EheFürAlle und volle Anerkennung von Regenbogenfamilien durchsetzen!
- Diskriminierung gegen LSBTI* gesetzlich beseitigen!
- Das Recht auf Respekt in allen Lebensaltern verwirklichen!
- Eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!
- Eine LSBTI inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik umsetzen!
- Menschenrechte von LSBTI in der Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik fördern!

Der LSVD hat seine Forderungen in Form von Wahlprüfsteinen an CDU, CSU, SPD, DIE LINKE, GRÜNE und AfD versandt. Die Antworten wird der LSVD auswerten und veröffentlichen. Bei der Vorstellung der Wahlprüfsteine betonte der LSVD: „Politik hat die Aufgabe, ein diskriminierungsfreies Lebensumfeld für alle zu schaffen. Sie muss es allen Menschen garantieren können, zu jederzeit, an jedem Ort und ohne Angst vor Anfeindung verschieden sein zu können; sei es in der Schule, im Sportverein, im Pflegeheim, im öffentlichen Raum oder am Arbeitsplatz.“

Die Wahlprüfsteine können hier nachgelesen werden:

<http://www.lsvd.de/politik/bundestagswahl-2017/sieben-lsvd-forderungen-zur-bundestagswahl.html>

Post von Lene

Liebe ältere, jüngere und ganz junge Linke und Linksnahe,
bevor ich mich über politische Ärgernisse oder Freuden auslasse, will ich Euch erstmal schreiben, wie wir mit unserer Schul- TShirt- Kampanje gegen solche wie die feine Markenklamottenpaula und ähnliche Zicken vorwärts gekommen sind.

Also: unsere von der LAL organisierte geheime Abstimmung dazu hat in unserer und unserer Parallelklasse bisher eine gewisse Mehrheit für das Schul-T-Shirt ergeben. Damit haben wir zwar noch nicht gewonnen, aber immerhin! Schleichwerbung für unsere Idee macht einfach Spaß. Soviel zu Freuden!

Nun zu Schulärgernissen: Immer noch ist keine neue Sportlehrerin oder auch Sportlehrer (wir als Frauen sind da großzügig) in Sicht. Deshalb müssen wir jetzt mit der Parallelklasse zusammen in die Turnhalle, und da ist es nicht nur ganz schön eng, sondern auch blöd, weil es auch zu vermehrtem Zoff kommt oder auch längerem Rumsitzen, bis man mit einer Übung dran ist. Ich habe gehört, dass der schwarzgefärbte Schulminister Tullner eventuell Lehrkräfte, die sich wie unser alter Sportlehrer Herr Sprung schon in die Rente abgemeldet haben, überreden wollte, weiterzumachen. Aber es hätten sich nur zehn! von den über 1000 angeschriebenen alten Lehrkräften dazu bereiterklärt (habe ich wieder mal erlauscht). So gern wir bei Herrn Sprung auch Sport haben, aber er sagte uns, dass er jetzt gern auch mal seine Ruhe haben möchte und Zeit für sich und seine Familie. Das kann man ihm und seinen Enkelkindern doch wohl gönnen, oder? Ich bin ja auch gern bei meinen Großeltern.

Nun zu politischen Ärgernissen außer dem Herrn Tullner.

Von meinen Eltern habe ich erfahren, dass das Hohe Haus in Magdeburg wieder eine Sitzung gehabt hat. Da konnte man wieder mal so einige Sachen von der blöden AfD hören oder lesen.

Die hat zum Beispiel, so meine Großeltern, den Antrag gestellt, dass beschlossen werden soll, die „pangsonierten(?)“ Lehrer wieder zu „reaktiveren“, weil das besser wäre, als viele junge Lehrer einzustellen, die man in ein paar Jahren nicht mehr braucht.

Wieso braucht man die in ein paar Jahren nicht mehr?

Ich habe dann gefragt, was das ist, pangsoniert. Oma hat mir gesagt, das ist ein anderes Wort für Rente und sie findet diese Idee bescheuert. Weil: Lehrkräfte müssen nicht nur zum Unterricht fit und gut vorbereitet sein, sondern sich zu Hause hinsetzen und den Unterrichtstag auch nachbereiten(?), um rauszufinden, was gut gelaufen ist oder auch nicht und warum. Sie müssen auch viel lesen, um auf dem neusten Stand zu sein. Aha, das wusste ich bisher noch nicht. Naja, Klassenarbeiten nachgucken stelle ich mir auch nicht so ohne vor, zumal manche, wie ich zum Beispiel, keine so tolle Schrift haben und man nennt das unter uns Klau. So, nun muss ich was zu den schlimmen Naziauftritten der AfD im Hohen Haus in Magdeburg und anderswo loswerden. Ich bin total empört. Und ich finde manche Wörter als Pöbeleien oder eben nazihaft, manche verstehe ich nicht, aber sicher versteht Ihr sie. Hier ein paar Beispiele: „Altparteienkartell(?)“ (dazu gehören alle außer der AfD) deutscher Volkskörper (das ist ein Naziwort) Deutsche werden schlechter behandelt als ausländische Minderheiten! Flüchtlinge sind Ficki-Ficki- Fachkräfte (?) Wir Deutschen zuerst! Die Flüchtlinge abschieben!“ Meine Eltern sagten mir, dass die AfD die Armen in Deutschland gegen die Ärmsten, nämlich die Kriegs- und Hungerflüchtlinge ausspielen. Die Menschen sollen glauben, dass es ihnen sofort besser geht, wenn keine Flüchtlinge mehr im Land sind. Aber Deutschland ist doch im Vergleich zu anderen Ländern, wie zum Beispiel Griechenland, reich, habe ich gelesen. Warum müssen viele, die den ganzen Tag arbeiten, trotzdem noch zu Herrn Harz gehen und um Geld betteln? Da wäre es doch richtig zu sagen, dass man den Armen in unserem Land mehr Geld zum Leben geben sollte, statt den Millionären und so immer weniger abzuknöpfen.

Oder?

Tschüss

Eure Lene im Namen der LAL



Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e.V. Fachzentrum für geschlechtlich-sexuelle Identität

„homo sum“-Ausgabe 2/2017 ist online

Die neue Ausgabe der „homo sum - Quartalsblatt für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ des BBZ „lebensart“ e.V. beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit rechtlichen Regelungen in Bezug auf das Geschlecht. Zu finden sind Berichte über die Interministerielle Arbeitsgruppe Inter- & Transsexualität der Bundesregierung und in deren Auftrag erstellte Gutachten. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass geltendes Recht für trans- und intergeschlechtliche Menschen nicht den aktuellen grund- und menschenrechtlichen Standards entspricht und bieten Gesetzes- bzw. Regelungsvorschläge an. Abgerundet wird die „homo sum“ mit einem Beitrag zum IDAHIT, Kurzberichten und einem aktuellen Queer-Guide für Sachsen-Anhalt.

Die Druckausgabe erscheint am 8. Mai, online ist sie bereits hier zu lesen: http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/homosum_217_webdatei_doppelseiten.pdf

IDAHIT am 17. Mai in Halle unter dem Motto „Europa in Bewegung“

Der Arbeitskreis Queer Halle lädt zum internationalen Tag gegen Homo-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHIT) am Mittwoch, den 17.05.2017 ein. Dieses Jahr soll unter dem Motto „Europa in Bewegung“ die Lebenssituation von LSBTI in den Ländern Europas vorgestellt und ab 15.30 Uhr auf dem Marktplatz in Halle im Rahmen von vielfältigen Mitmachaktionen Fragen zum Thema beantwortet werden.

Höhepunkt ist wie jedes Jahr um 17.05 Uhr ein Rainbowflash vor dem Ratshof.

Ab 18.30 Uhr wird im Zazie-Kino (Kleine Ulrichstraße 22) der Film „Mädchenseele“ mit anschließendem Gespräch durch die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt gezeigt.

Christopher-Street-Day 2017 in Halle (Saale) - zum Vormerken:

- Motto: (H)alle in Bewegung: Für Solidarität, Selbstbestimmung und Vielfalt
- CSD-Wochen vom 25.8. bis 10.9. (Koordination: BBZ „lebensart“ e.V.)
- CSD-Demonstration am Sonnabend, 2.9., ab 12 Uhr durch Halles Innenstadt (Organisation: AK Queer Halle, Federführung: AK que(e)r_einsteigen des Studierendenrates der MLU)
- CSD-Straßenfest am Sonnabend, 2.9.2017, 14 bis 20 Uhr auf dem Marktplatz (Organisation: BBZ „lebensart“ e.V. und AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V.)

Ausstellung WE ARE PART OF CULTURE braucht dringend Unterstützung

Das gemeinnützige Projekt 100% MENSCH präsentiert ab September 2017 eine Diversity-Kunsausstellung zum prägenden Beitrag von gleichgeschlechtlich liebenden Menschen und Menschen mit einer geschlechtlichen Thematik an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Europas. WE ARE PART OF CULTURE ist eine Ausstellung für Akzeptanz, Respekt, Selbstbewusstsein und Stolz auf vergessene Geschichte. Sie wird mit über 30 speziell für die Ausstellung geschaffener Portraits berühmter Persönlichkeiten (wie Friedrich II. von Preußen, Virginia Woolf, Le Chevalier d'Éon de Beaumont) 200 Tage lang durch die 20 größten Bahnhöfe reisen und so viele Menschen erreichen, die sonst kaum in Berührung mit LSBTI-Themen kommen. Eröffnung ist am 27. September 2017 im Berliner Hauptbahnhof.

Holger Edmaier und seine Mitstreiter*innen rufen dazu auf, dieses einzigartige Projekt schnellstmöglich zu unterstützen: <https://www.facebook.com/100ProzentMensch/videos/1134302643348223/>

Das Crowdfunding findet sich hier: <http://www.startnext.com/wapoc>

Weitere Informationen unter: <http://www.wearepartofculture.de>

Es braucht linke Einwanderungspolitik

Antrag an die 2. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE.

Sachsen-Anhalt am 20. Mai 2017 in Halle (Saale)

Antragsteller*innen: Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt

Antragstext

DIE LINKE will eine Alternative zum Mainstream der Abschottungs- und Abschiebeparteien bieten. Das glaubwürdige und konsequente Bekenntnis zur Forderung nach offenen Grenzen für alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion oder ihrem sozialen Status – ist dafür notwendige Bedingung. Mit diesem Bekenntnis muss aber auch ein konkretes Angebot einhergehen, wie DIE LINKE in den vier Jahren nach der Bundestagswahl die sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung dieser Forderung schaffen will. Es braucht linke Einwanderungspolitik. Dabei darf es nicht darum gehen, Migrant*innen und Geflüchtete als Probleme oder Humankapital zu betrachten, sondern es muss darum gehen, ihre Probleme zu lösen.

Soziale Gerechtigkeit war, ist und bleibt soziale Gerechtigkeit für alle

Entgegen der Stimmungsmache von rechts können die Probleme, die mit Migration einhergehen, natürlich benannt werden. Sie sind oftmals keine neuen Probleme in einer Gesellschaft, in der bereits jetzt viele Menschen aufgrund ihres sozialen Status’ ausgegrenzt, entwertet und entrechtet werden, in der viel zu viele Menschen nicht die Hilfe bekommen, die sie brauchen, in der ein eiserner Vorhang zwischen den Vierteln, Schulen, Milieus der Reichen auf der einen Seite und denen der Armen auf der anderen Seite steht und in der die innere Sicherheit vor allem unter einem Mangel an sozialer Sicherheit leidet. Diese Formen der Ausgrenzung und ihre Folgen betreffen auch Migrant*innen und Geflüchtete, aber oft in schärferer Weise.

Wer in Deutschland lebt, soll auch in Deutschland arbeiten dürfen, um dieses Leben zu finanzieren. Dafür brauchen Migrant*innen und Geflüchtete, ebenso wie Deutsche, auch die angemessene Bezahlung: Ausnahmen beim Mindestlohn und bei Tarifverträgen darf es nicht geben, im Gegenteil müssen Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenrechte gestärkt werden. Um sich gegen Lohndrückerei, schlechte Arbeitsbedingungen und Benachteiligung zu wehren, brauchen Migrant*innen und Geflüchtete als Arbeitnehmer*innen die gleichen Rechte und Möglichkeiten zur Selbstorganisation, vor allem aber brauchen sie die Solidarität der anderen Beschäftigten. Solidarität ist die bewährte Waffe der Ausgebeuteten. Dessen ist sich die politische Linke als internationale Bewegung seit über hundert Jahren bewusst und in dieser Tradition steht auch DIE LINKE.

Viele Menschen, die nach Deutschland kommen, sind bereits qualifiziert. Die Anerkennung ausländischer

Abschlüsse funktioniert für EU-Bürger dank gemeinsamer Standards sehr gut. Aber auch die Abschlüsse von Nicht-EU-Bürgern müssen anerkannt werden, damit diese ihren Beruf weiter ausüben können – damit muss natürlich auch die Möglichkeit zur Fortbildung einhergehen. Migrant*innen und Geflüchtete brauchen ebenso wie Einheimische einen offenen, unkomplizierten Zugang zu Bildung, auch jenseits beruflicher Weiterentwicklung.

Wer in Deutschland lebt, soll das gleiche Recht auf soziale Sicherheit genießen. Niemand soll unter ein menschenwürdiges Existenzminimum fallen können. Niemandem soll sozialer Aufstieg unmöglich gemacht werden, schon gar nicht aufgrund der sozialen oder geographischen Herkunft. Die Abschottung zwischen sozialen Milieus, die die Angleichung der Lebensverhältnisse verhindert und den sozialen Frieden gefährdet, darf durch den Staat nicht weiter zementiert, ihr muss entgegengewirkt werden. Das fängt dabei an, dass Menschen nicht in Lager und zentrale Aufnahmeeinrichtungen gepfercht werden dürfen, sondern sich ihren Wohnort selbst aussuchen können. Dazu gehört aber ebenso, sozialen Wohnungsbau auch in den Vierteln derjenigen zu betreiben, die sich Anwälte und Gutachter leisten können.

Eine neue Sprache, eine andere Kultur, ein unvertrautes politisches System oder auch nur den deutschen Behördendschub allein kennenlernen zu müssen, erschwert nicht nur die Integration in eine Gesellschaft, sondern vor allem den Alltag. Um über diese Gräben Brücken zu schlagen, braucht es ganz unabhängig vom Aufenthaltsstatus flächendeckend und kostenlos Sprachkurse, politische Bildung und viele weitere Unterstützungsangebote. Viele Geflüchtete, aber auch Migrant*innen haben in ihren Herkunftsländern Not und Gewalt erlebt. Mit solchen Erfahrungen umzuge-

hen, braucht oft psychosoziale Hilfe und Psychotherapie. Die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen, hilft allen, die sie brauchen. Viele dieser Unterstützungsangebote werden heute bereits durch ehrenamtliche Helfer*innen ermöglicht und durch Menschen, die weit über ihre beruflichen Verpflichtungen hinausgehen: Ihr Engagement soll nicht ersetzt, sondern unterstützt werden und Anerkennung finden. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen gilt es ebenso einzubeziehen, wie die Perspektive von Selbstorganisationen von Geflüchteten.

Für all diese Probleme gibt es keine einzige Lösung von rechts: Die Rechten wollen bloß darüber bestimmen, wer unter ihrem Gesellschaftsentwurf zu leiden hat und diejenigen, die auf der falschen Seite der sozialen Schere geboren werden, bloß dorthin verbannen, wo sie die Privilegierten nicht stören. Es gibt aber eine Menge Lösungen von links. DIE LINKE will nicht darüber entscheiden, wer das Recht auf das schöne Leben haben darf und wer nicht. DIE LINKE will das schöne Leben für alle!

Um Europa keine Mauer ...

DIE LINKE hat eine klare Position zum Recht auf Asyl: Der Schutz vor Krieg, vor Verfolgung, vor unwürdiger Not ist ein Menschenrecht und kann nicht verwirkt werden. Dieses Recht auf Schutz darf nicht weiter ausgehöhlt werden, keine weiteren Vorwände erfunden werden, um Menschen entweder sterben zu lassen oder sie ihrem Tod auszuliefern.

Die Praxis, andere Länder einfach zu sicheren Drittstaaten zu erklären, lehnen wir ab. Sie wird bereits jetzt politisch missbraucht, wie an der Debatte um das offensichtlich unsichere Afghanistan deutlich wird. Sichere Drittstaaten zu benennen, geht aber auch an der bitteren Realität vorbei: Bewaffnete Konflikte weiten sich aus, die politische Lage verändert sich in vielen einstmals sicher geglaubten Ländern wie der Türkei schnell zum Schlechteren und wo die meisten Menschen oder vergleichsweise reiche Tourist*innen sicher sind, sind es Angehörige von diskriminierten Minderheiten noch lange nicht.

Wenn dieses Recht nicht nur ein leeres Versprechen, eine Selbsttäuschung über die eigene Humanität sein soll, muss es aber auch in einem fairen Verfahren eingefordert werden können. Dafür braucht es nicht Mauern um Europa, sondern legale Einreisemöglichkeiten an den Grenzen der Europäischen Union. Eine umfassende Prüfung des Asylrechts an den EU-Außengrenzen oder in den Auslandsvertretungen der EU-Staaten ist praktisch unmöglich und für die Betroffenen nicht zumutbar. Statt Schnellverfahren

braucht es personell und finanziell angemessen ausgestattete Behörden und Gerichte auf der einen Seite und das unbedingte Recht auf einen Rechtsbeistand und einen Dolmetscher auf der anderen Seite. Darüber hinaus verhindert die Drittstaatenregelung, dass sich Geflüchtete innerhalb der Europäischen Union sinnvoll, nämlich entsprechend ihrer eigenen Bedürfnisse verteilen können, statt in den ärmsten EU-Staaten bleiben zu müssen. Mit der Drittstaatenregelung bleibt das Asylrecht mancher EU-Staaten für die meisten Geflüchteten ein leeres Versprechen.

Dass viele Einschränkungen der Rechte von Geflüchteten, wie die Praxis der sicheren Drittstaaten seit den neunziger Jahren oder die sinnlose Schikane beim Familiennachzug heute, als direkte Reaktion auf Brandanschläge von Neonazis und Rassist*innen eingeführt wurden, ist ein beschämendes Einknicken im Angesicht von rechtem Terror. Unsere Demokratie, ja unser Verständnis von Menschenrechten hat sich damit erpressbar gemacht – gerade von denjenigen, gegen die es verteidigt werden muss. Statt rechten Terror mit Abschiebungen zu belohnen, sollen diejenigen, die Opfer rechter Gewalt werden, ein unbedingtes Bleiberecht erhalten. DIE LINKE sagt: Kein Fußbreit den Faschisten!

Das bürgerliche Verständnis dessen, wovor Menschen ein Recht auf Schutz genießen, gilt es zu verteidigen bzw. wiederherzustellen. Das geht uns aber nicht weit genug: Als Linke wissen wir, dass die Folgen des Kapitalismus, Armut und unwürdiges Elend, nicht weniger tödlich sind als Krieg und Verfolgung. Oft genug bedingen sie einander. Das Grundgesetz muss das Recht auf Asyl daher allen einräumen, die vor Krieg, Verfolgung oder unwürdigem Elend fliehen. Niemanden solchen Zuständen auszuliefern, heißt gerade einmal, sich nicht mitschuldig zu machen.

... Bleiberecht für alle und auf Dauer!

Linke Einwanderungspolitik erkennt aber nicht nur das individuelle Recht auf Asyl an, sondern auch das individuelle Recht auf Bewegungsfreiheit über Staatsgrenzen hinweg. Wir wollen die Gleichheit jedes Menschen an Rechten und Freiheit nicht nur als hehres Versprechen vor uns hertragen, wir wollen dieses Versprechen auch einlösen. Das kann weder bedeuten, alle Menschen, die nicht zufällig in Deutschland geboren sind, auszuschließen, noch kann es bedeuten, diejenigen, die in Deutschland leben dürfen, nach willkürlichen Kriterien, nach den Bedürfnissen des Marktes oder der gerade herrschenden Politik auszuwählen: Wer in Deutschland leben will, soll das auch dürfen.

Die Suche nach Bildung, Arbeit, einem besseren oder auch nur anderen Leben, ist kein Teufelswerk, sondern ein legitimer Wunsch, dem bereits jetzt innerhalb Deutschlands und innerhalb der EU viele Millionen Menschen unbürokratisch und unproblematisch nachgehen können, indem sie aus ihren Geburtsorten und -ländern wegziehen. Dafür sollten sich weder Migrant*innen von innerhalb noch von außerhalb der EU rechtfertigen oder gar auf soziale, politische und wirtschaftliche Rechte verzichten müssen. Abschiebungen im Allgemeinen, insbesondere aber als Strafrechtsverschärfung nur für Ausländer*innen, lehnt DIE LINKE ab.

Entsprechend soll die Erlaubnis, nach Deutschland einreisen und sich hier niederlassen zu dürfen, nicht mehr der Ausnahmefall sein, dessen strenge Voraussetzungen jede*r Einzelne zu beweisen hat, sondern der Regelfall. Ausnahmen von diesem Regelfall müssen schwerwiegende außen- oder sicherheitspolitische Gründe, wie Kriegsverbrechen oder Spionage für einen anderen Staat, haben, die in jedem Einzelfall gerichts-fest nachgewiesen werden müssen. Wenn solche Gründe nicht vorliegen, sollen auch ohne Einreise- oder Niederlassungserlaubnis in Deutschland lebende Ausländer*innen nicht in der Illegalität leben müssen: Wer hier lebt, wer hier zur Schule geht, studiert, arbeitet, sich ehrenamtlich engagiert oder eine Familie hat, braucht staatlichen Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, den in Anspruch zu nehmen durch die ständige

Angst vor Abschiebungen unmöglich gemacht wird. Wer für längere Zeit in Deutschland lebt, muss ohne weitere Anforderungen einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Wer fester Teil einer Gesellschaft ist, muss auch rechtlich so behandelt werden und insbesondere politische Vertretung über das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Wohin sich diese Gesellschaft entwickelt, geht diese Menschen an. Wer hier geboren wurde, muss auch unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Eltern alle mit der deutschen Staatsbürgerschaft verbundenen Rechte genießen, um fester Teil dieser Gesellschaft werden zu können.

Die mehrfache Staatsangehörigkeit ist kein widersprüchliches Untertanenverhältnis, sondern spiegelt das Recht der Menschen wider, mehreren Ländern gleichermaßen verbunden zu sein, nicht einen Lebensmittelpunkt zu haben, sondern viele. Sie wird damit der Lebenswirklichkeit vieler Migrant*innen besser gerecht, als sie zu zwingen, sich für ein Land entscheiden zu müssen. Und seien wir ehrlich: Wer hätte nicht gerne ein Backup-Country, falls in Deutschland der Faschismus ausbricht?

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich im Sinne dieses Antrages in die Diskussion und Beschlussfassung über das Bundestagswahlprogramm einbringen, um die im Entwurf bereits vorhandenen Ansätze für eine linke Einwanderungspolitik zusammenzuführen und zu ergänzen.

Der Arbeitskreis QUEER Halle lädt alle Menschen ganz herzlich zum internationalen Tag gegen Homo- Trans- und Interfeindlichkeit (IDAHIT) am Mittwoch, dem 17.05.2017 ein.

Unser Hauptanliegen ist der Einsatz für die Anerkennung, Akzeptanz und Rechtsgleichheit vielfältiger geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen. Dieses Jahr wollen wir unter dem Motto „Europa in Bewegung“ die Lebenssituation von LSBTI in den Ländern Europas vorstellen. Sind die Menschen rechtlich vor Diskriminierung geschützt? In welchen Ländern ist die Ehe geöffnet? Können transsexuelle Menschen auf legalem Weg das biologische Geschlecht ihrem seelischen anpassen?

Diese und viele weitere Fragen wollen wir ab **15:30 Uhr auf**

dem Marktplatz in Halle im Rahmen von vielfältigen Mitmachaktionen beantworten. Höhepunkt ist wie jedes Jahr um 17.05 Uhr ein Rainbowflash vor dem Ratshof. Ab 18:30 Uhr folgt im Zazie Kino & Bar (Kleine Ulrichstraße 22) der Film und anschließendem Gespräch zu „Mädchenseele“ durch die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt.

Wir sehen uns!

Der IDAHIT wird von den aktiven Unterstützer*innen des AK Queer durchgeführt: AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V., BBZ lebensart, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Halle (Saale), DieLinkeHalle, Frauenzentrum Weibewirtschaft / Dornrosa e.V., Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Projekt STARK im Sport des LandesSportBund Sachsen-Anhalt e.V., Postkult e.V., SPD Halle und Que(e)r_einsteigen. **Am IDAHIT nimmt dieses Jahr außerdem teil: JEF Halle.**

